

Presseerklärung: Antrittsbesuch Xi Jinpings in Europa - Stimmen der Zivilgesellschaft

Vom 22. März bis zum 1. April 2014 wird der chinesische Staatspräsident Xi Jinping nach Europa kommen. Anlass seines Europabesuchs ist der Nuclear Security Summit in Den Haag sowie daran anschließende Staatsbesuche in den Niederlanden, Belgien, Deutschland und Frankreich und die Besuche des Hauptsitz der EU und dem der UNESCO.

Zu Xis Besuch in Berlin gibt es jedoch schon im Vorfeld kritische Stimmen. Zum einen wird befürchtet, die chinesische Delegation könne die Besuche von Gedenkstätten für eine anti-japanische Propaganda instrumentalisieren. Zum anderen findet der Besuch des Staatspräsidenten nur wenige Tage vor der Eröffnung der Ausstellung Ai Weiweis in Berlin statt. Wir sehen hier Handlungsbedarf für die Bundesregierung.

Mit Xis Teilnahme am Nuclear Security Summit will China der internationalen Gemeinschaft gegenüber seine Bereitschaft für bessere Zusammenarbeit signalisieren. Offiziell erhofft sich China, dass ein neuer Konsens über die internationale Kooperation und die atomare Sicherheit gefunden werden kann.

Bei den Staatsbesuchen wird es vor allem um die Pflege der europäisch-chinesischen Beziehungen und die Erweiterung der Zusammenarbeit gehen. Laut offizieller Ankündigungen will China in allen Ländern Kooperationsvereinbarungen unterzeichnen.

Bereits im Vorfeld seines Deutschlandbesuches gab es jedoch Unbehagen in Bezug auf das geplante Rahmenprogramm Xis. Ursprünglich hatte die chinesische Delegation zusammen mit Angela Merkel die Gedenkstätte für die ermordeten Juden Europas sowie die Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft besichtigen wollen. Medien und Diplomaten äußerten sich besorgt, dass eben dieser Besuch von Weltkriegsgedenkstätten für eine anti-japanische Propaganda in China instrumentalisiert werden würde.

Die Bundesregierung wies die Bitte der chinesischen Delegation, sie beim geplanten Rahmenprogramm zu begleiten daher ab. Der chinesische Staatspräsident sei jedoch herzlich eingeladen, die Gedenkstätten selbstständig zu besuchen. Dieser Schritt der Bundesregierung wird von uns begrüßt.

Dennoch sehen wir noch weiteren Handlungsbedarf bei der Bundesregierung. Denn nur wenige Tage nach Xi Jinpings Besuch in Berlin wird die Ausstellung des chinesischen Künstlers Ai Weiwei im Gropius-Bau in Berlin eröffnet. Dieser kann aller Voraussicht nach nicht an der Ausstellungseröffnung teilnehmen: Drei Jahre nachdem die chinesische Polizei ihn ohne offizielle Begründung festgenommen und für drei Monate an einem unbekanntem Ort festgehalten hatte, hat er seinen Reisepass immer noch nicht zurückbekommen.

Die „Freunde Ai Weiweis“ haben anlässlich der Ausstellung einen Bericht zur Situation Ai Weiweis veröffentlicht und einen Appell an Kanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier gerichtet. In dem Appell fordern sie die Kanzlerin und den Außenminister eindringlich auf, sich für die Reisefreiheit und Rückgabe des Passes an Ai einzusetzen. Der offene Brief kann unter www.freundeaiweiweis.de eingesehen werden. Mit dem Appell ist die Hoffnung verbunden, dass die Kanzlerin sich wie schon nach Ai Weiweis Festnahme

für ihn einsetzen könne. Damals war sie eine der wenigen Staatsoberhäupter, die gegen die Festnahme protestierten. Sie setzte sich damals für Ais Freilassung ein.

Wir sind außerdem besorgt, dass unter dem neuen Staatspräsidenten zivilgesellschaftliche Spielräume empfindlich beschnitten werden.

Seit September 2013 ist in China ein Gesetz in Kraft getreten, das das Verbreiten von Gerüchten im Internet unter Strafe stellt. Seitdem sind in China nach inoffiziellen Schätzungen mehrere hundert Blogger und Journalisten wegen der Verbreitung von Gerüchten im Internet festgenommen worden. Aktivisten und Rechtsexperten bezeichnen die Kampagne gegen so genannte Online-Gerüchte als größten Rückschlag für die Meinungsfreiheit in China. Allein das Twitter-Pendant Sina Weibo hat nach eigenen Angaben über 100.000 Nutzerkonten gelöscht oder sanktioniert.

Wir sind daher der Auffassung, dass die Zensurbehörde nicht die Reputation einzelner Bürgern schützen will, sondern das Gesetz gezielt nutzt um regierungskritische Stimmen zu unterbinden.

Nicht nur im Internet wurde die Zensur verschärft. Auch einige Zeitungen haben das Anziehen bei der Zensur zu spüren bekommen. Mit Xis Amtsantritt kam es Anfang des letzten Jahres zu einem öffentlichen Eklat, als die fertige Druckvorlage der Neujahrsausgabe der Zeitschrift „Nanfeng Zhoumo“ (Südliches Wochenende) ohne Wissen der Redakteure von der Zensurbehörde umgeschrieben wurde. Dieser Eingriff war eine neue Art der Zensur, die einen großen Aufschrei in der chinesischen Medienwelt nach sich zog.

In einem ähnlichen Licht steht auch die Verurteilung des Bürgerrechtlers Xu Zhiyong. Dieser wurde wegen „Störung der Öffentlichen Ordnung“ zu vier Jahren Haft verurteilt (siehe Asienhaus Presseerklärung 2014/02/03). Die EU rief China am 26.1.2014 in einer Erklärung dazu auf, Xu und die anderen inhaftierten Bürgerrechtler freizulassen.

Wir begrüßen die Haltung der EU. Gleichzeitig fordern wir die deutsche Bundesregierung und insbesondere die Bundeskanzlerin bei ihren Treffen mit der chinesischen Delegation dazu auf,

- die Forderung der EU vom 26.1.2014 nochmals aufzugreifen und die Freilassung Xu Zhiyongs mit Nachdruck zu fordern,
- die Trends zur verschärften Einschränkung der Handlungsspielräume einzelner Bürger zu kritisieren und
- die Ausreisegenehmigung (insb. die Rückgabe seines Passes) für Ai Weiwei zu fordern.